



# Leiharbeit bleibt arbeitsmarktpolitischer Sprengsatz

Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 27. September 2010

**"Mit ihrer Placebo-Politik beim Thema Leiharbeit hat Ursula von der Leyen viele Unternehmen in ihrer Lohndumping-Strategie bestärkt", so Jutta Krellmann zu den heute veröffentlichten Ergebnissen einer IG Metall-Umfrage. Die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Arbeit und Mitbestimmung weiter:**

"Die Bundesarbeitsministerin hat sich mit ihrem im August veröffentlichten Gesetzentwurf als Lobbyistin der Leiharbeits-Branche geoutet. Mit ihm werden die massenhafte Tariffucht und die Umgehung arbeitsrechtlicher Standards durch Leiharbeit auch künftig nicht möglich sein.

Dieses Signal scheint die Umwandlung unbefristeter Jobs in prekäre Leiharbeitsverhältnisse weiter angeheizt zu haben. Die IG Metall-Umfrage belegt, dass Unternehmen jetzt noch unverfrorener und weitflächiger auf niedrig entlohnte Leiharbeit setzen.

Dass mittlerweile 43 Prozent der Betriebe Leiharbeit zur Abdeckung des zusätzlichen Arbeitskräftebedarfs nutzen, offenbart den grundsätzlichen Systemfehler

dieser Beschäftigungsform. Wer die Leiharbeit weiter verteidigt, wie die Regierung es tut, hat sich von dem Schutz der Beschäftigten längst verabschiedet. Lobbypolitik für die Profitinteressen der Konzerne hat bei ihr offensichtlich Vorfahrt.

DIE LINKE sieht sich mit den Ergebnissen der IG Metall-Umfrage in ihrer Kritik an der Leiharbeit bestätigt. Wir fordern eine strikte Begrenzung und Zurückdrängung dieses Job-Killers. Das geht nur, wenn das Equal-Pay-Prinzip gesetzlich ebenso durchgesetzt wird wie eine Höchstüberlassungsdauer und ein Verbot der Synchronisation."